

**Haushaltsrede der Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024
In der Sitzung des Rates der Stadt Haan am 24.10.2023**

es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Stadtverordnete,

liebe Haanerinnen und Haaner,

sehr geehrte Damen und Herren,

den Kommunen in der Bundesrepublik und besonders in NRW ging es noch nie so schlecht wie heute.

Vor wenigen Wochen erst sandte der Städte- und Gemeindebund NRW einen Brandbrief an Ministerpräsident Hendrik Wüst, in dem auf die prekäre finanzielle Lage der Kommunen hingewiesen wird. Mit mehr als 350 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in NRW unterschrieb ich diesen Brief, dessen Botschaft deutlich und dramatisch ist. In dem Brief heißt es: „Der Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Land steht auf dem Spiel. Die gegenwärtige Situation der kommunalen Haushalte in unseren Städten und Gemeinden ist geprägt von einer beispiellosen Kumulation von Herausforderungen. Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweigungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordert die kreisangehörigen Selbstverwaltungsträger.“

Nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes gehen 40 % der Kommunen davon aus, dass sie in die Haushaltssicherung gehen müssen. Weitere 20 % der kreisangehörigen NRW-Kommunen können dieses Szenario derzeit nicht ausschließen.

Das, was sich in der weltpolitischen Lage aktuell abzeichnet, zieht leider auch direkte Konsequenzen auf unser Leben hier vor Ort nach sich und die Auswirkungen der Krisen schlagen ungebremst auf die Haushalte durch. Der Krieg in Europa, die internationalen Spannungen und Konflikte, Fluchtbewegungen auf der Welt, real werdende Klimaveränderungen, die deutsche Wirtschaft steht vor einem Kipppunkt, die Inflation und steigende Kosten, Verteuerung von Energie, Waren und Dienstleistungen – all das hat konkrete Auswirkungen auf unsere finanzpolitische Lage.

Es trifft alle Kommunen mit voller Härte und auch unsere Stadt befindet sich in einer extrem schwierigen und kritischen finanziellen Situation und muss – wenn wir es gemeinsam schaffen, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen - in die Haushaltssicherung gehen. Das heißt, wir können über unsere Ausgaben und Einnahmen nicht mehr allein bestimmen und müssen ein genehmigungspflichtiges Konzept aufstellen, das den Weg zur Haushaltssicherung aufzeigt. In einem solchem Konzept müssen wir alle freiwilligen Leistungen und Zuschüsse auf den Prüfstand stellen und auf ihre Finanzierbarkeit hin hinterfragen.

Was führt in diesem Jahr zu dieser kommunalen Finanzkrise? Zum einen die enorme Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst. Hinzu kommen die hohen inflationsbedingten Kostensteigerungen, besonders hervorgerufen durch extrem gestiegene Energiekosten und explodierende Material- und Baukosten im Sach- und Dienstleistungsbereich und die weiterhin hohen zusätzlichen Belastungen durch die Unterbringung von Geflüchteten. Der Landschaftsverband macht es sich einfach und gleicht sein Defizit, allein 40 Mio. Euro Personalkosten für einen enormen Stellenaufbau (400 neue Stellen für inzwischen 9 Dezernate), durch erhöhte Umlagen aus. Völlig inakzeptabel und nicht zu rechtfertigen.

Nach dem heutigen Stand wird ein Haushaltssicherungskonzept in Haan nicht nur unvermeidbar sein, sondern ein Ziel, was wir erst noch während der Beratungen erreichen müssen. Auf Basis der aktuellen Zahlen können wir ein genehmigungsfähiges HSK nicht aufstellen. Die Verwaltung wird Ihnen jedoch Vorschläge unterbreiten, um das Ziel erreichen zu können.

Die Kämmerei hat verwaltungsintern bereits im Vorfeld sämtliche Ausgaben geprüft, teilweise gestrichen, reduziert oder geschoben. Dabei haben wir uns jede einzelne Ausgabestelle angesehen und kritisch hinterfragt. Wir haben verschiedenste Sach-

und Personalaufwendungen gekürzt – und das nicht nur für 2024, sondern bereits auch für die Folgejahre und die mittelfristige Planung.

Trotz der Bitte aus mehreren Fachbereichen, neue Stellen einzurichten, sind wir dem nur in absoluten Ausnahmen nachgekommen. Der Stellenplan 2024 weist insgesamt lediglich 0,3 Stellen mehr aus als der Stellenplan 2023. Wir werden noch miteinander im Fachausschuss die Organisationsuntersuchung für das Gebäudemanagement beraten und erörtern, ob es hier zu einer Stellenmehrung kommen muss.

Es bleibt nicht aus, dass wir neben der Ausgabeseite, auch die Einnahmeseite prüfen müssen. Zur Bewältigung der Krisen und Mehrkosten bleibt uns als Kommune nichts anderes mehr übrig, als neben Einsparungen auch die Haanerinnen und Haaner zur Kasse zu bitten. Wir schlagen Ihnen mit diesem Entwurf eine Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 480 auf 540 Prozentpunkte vor. Dies alles machen wir nicht leichtfertig, wir sind uns der Auswirkungen auf alle Beteiligte sehr bewusst. Hierdurch können Mehrerträge von 925.000 Euro generiert werden.

Um den Standort Haan weiterhin konkurrenzfähig zu halten, beabsichtigen wir keine Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von derzeit 421 %-Pkt.

Was heißt das konkret für unseren Haaner Haushalt? Ohne Gegensteuerung hätte der Tarifabschluss Mehrbelastungen von 2,9 Mio. Euro verursacht, tatsächlich werden wir im nächsten Jahr den Haushalt mit Mehraufwendungen von 1,8 Mio. Euro belasten, ab 2025 schlägt dann der Tarifabschluss voll durch. Die Erhöhung der VRR-umlage, schlägt mit insgesamt 0,7 Mio. Euro zu Buche. Die auch inflationär bedingten Sachkostensteigerungen sind mit 2,0 Mio. Euro zu beziffern. Der kurzfristige Wegfall der Ausweisung der Isolierung kriegsbedingter Ausgaben beläuft sich in diesem Haushalt auf 3,0 Mio. Euro.

Der Haushaltsplanentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, schließt mit einem Defizit von 11,7 Mio. Euro. Gegenüber 2023 verdoppelt sich damit unser Defizit.

Die Kämmerin hat bereits in mehreren Sitzungen mit der vor wenigen Wochen einberufenen AG Haushalt Ideen zur Haushaltskonsolidierung durchgesprochen. In den Fraktionen haben Sie daher – anders als in den Jahren zuvor – eine Vorstellung von unserem Zahlenwerk. Sie wissen daher, dass zur Wahrheit erfreulicherweise auch dazu gehört:

Trotz diverser Einsparungen haben wir im Etat Investitionen und Ausgaben für die Zukunft. Wir werden weiter in Kitas, Schulen, Sport und Vereine investieren, wir kümmern uns weiter um Klimaschutz und investieren in unsere Innenstadt und in die digitale Zukunft der Verwaltung. Für 2024 beläuft sich unser Investitionsvolumen immerhin auf knapp 14 Mio. Euro. Wir haben zum Glück in den vergangenen 5 Jahren rund 60 Mio. Euro in unsere Schullandschaft und Kindergärten investiert. Wie gut, dass wir hier voll eingestiegen sind – in Zeiten niedriger Zinsen und noch zu stummender Baukosten. Und wie wichtig, dass wir hier weitermachen.

Bei der Investitionstätigkeit bestimmen die weitere Sanierung und Erweiterung der Grundschule Don Bosco, die Fertigstellung des Neubaus der Grundschule Gruiten, die Erweiterung der Gesamtschule, der Neubau des Feuerwehrhauses in Gruiten sowie die Umsetzung des Handlungskonzeptes Innenstadt, das Haaner Bachtal und diverse Kanalbaumaßnahmen die Ausgaben in 2024. Auch der Neubau an der Kaiser Str., in den nach Fertigstellung die Polizei der Kreispolizeibehörde einziehen soll, wird in 2023 fortgeführt – so der Ratsbeschluss.

Ein erheblicher Sanierungsstau besteht nach wie vor bei unseren Verwaltungsgebäuden. Einstimmig haben wir im Mai 2021 den Neubau des Rathauses mit VHS beschlossen. Einstimmig legten wir zuvor den Standort fest. Ich bin optimistisch, dass wir nach Vorliegen des Wirtschaftlichkeitsvergleiches der 3 Varianten uns für eine Variante entscheiden werden. Denn eins ist klar: So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Im Haushaltsplan sind für 2024 weitere Planungskosten in Höhe von 2,0 Mio. Euro für einen Neubau eingestellt.

Wir sind uns hoffentlich alle darüber einig, dass die kommunale Welt und damit auch wir als Stadt die Anliegen nicht allein bewältigen und auffangen können und dringend auf Hilfe aus Düsseldorf und Berlin angewiesen sind. Denn es sind Bund und Land, deren Entscheidungen gravierende Auswirkungen auf unseren Haushalt haben.

Durch das sogenannte Entlastungspaket III des Bundes aus dem Jahr 2022 werden den Kommunen in den kommenden Jahren Milliarden an Steuereinnahmen fehlen. Das geplante Wachstumschancengesetz wird uns bei den Gewerbesteuererinnahmen noch empfindlich treffen. Dies in einer Zeit, in der die Einnahmeseite durch die Rezession ohnehin schon erheblich unter Druck geraten wird.

Hinzu kommt, dass Bund und Land uns Kommunen zunehmend Aufgaben wie zum Beispiel die Wohngeldreform oder auch ab 2026 das Ganztagsförderungsgesetz aufbürden – Aufgaben, die nicht durchfinanziert sind. Was der Bund mal eben so beschlossen hat, sollen die Kommunen innerhalb kürzester Zeit umsetzen - von Konnexitätsprinzip keine Spur. Allzu oft ignorieren Beschlüsse von Bund und Land die realen Möglichkeiten vor Ort.

Für die Erarbeitung des Haushaltes für das Jahr 2024 will ich mich bei der Kämmerei – allen voran bei Frau Abel, Frau Esser, Herrn Büsselmann und dem Team der Kämmerei bedanken. Insbesondere in diesem Jahr war dieses Team wieder unerbittlich auf der Suche nach Einsparvorschlägen und hat jeden Euro auf Links gedreht.

Aber auch Ihnen als Mitglieder des Rates, will ich an dieser Stelle für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten danken.

Ausdrücklich möchte ich mich auch in diesem Jahr bei unserer Verwaltung insgesamt bedanken, die den schweren Weg der Konsolidierung gehen muss. Den Haushalt planen wir alle gemeinsam und setzen ihn gemeinsam um. Mein Dank geht an das Haupt- und Personalamt für die Erstellung des Stellenplans.

Ich wünsche Ihnen und uns eine gute Haushaltsplanberatung 2024.

Frau Abel wird Ihnen jetzt den Entwurf vertieft darstellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.